

Michael Karolyni vor schweren Entscheidungen. einer bevorstehenden Regierungskrise.

Die organisierte Arbeiterkraft zu einer entschiedenen Stellungnahme zu bewegen. Daß der Kriegsminister ihn auf diesem Gang begleitete, zeigt die Richtung an, in der der Ministerpräsident die Lösung anstrebt. Will die Regierung die neue Umsturzbewegung meistern, so muß sie das Militär fest in ihrer Hand haben. Sie muß die Truppen überall aufbieten können, wo die öffentliche Sicherheit nur durch deren Eingreifen gewahrt werden kann. Sie muß in der Lage sein, der bolschewistischen Gefahr die unerbittlichste Abwehr entgegenzusetzen und dabei auf die hingebungsvollste Mitwirkung der Armee zählen zu können. Die Frage, ob die sozialdemokratische Partei und ihre Vertreter im Kabinett für eine derartige Politik zu haben sind, ob sie dieser für das Land wichtigsten Aufgabe jede andere Rücksicht unterordnen wollen, hat die öffentliche Meinung schon vor geraumer Zeit aufgeworfen; der Ministerpräsident mag sie gestern der sozialdemokratischen Parteileitung vorgelegt haben.

Es hat nicht den Anschein, daß Karolyni eine befriedigende Antwort auf diese Frage erhalten hat. Die sozialdemokratischen Minister wollen aus ihrer zuwartenden, schwankenden Haltung noch immer nicht heraustreten. Aber die Lage, äußerst gespannt wie sie ist, trägt ein weiteres Fortwursteln nicht mehr. Die Verantwortlichkeit für die Geschichte des Landes kann Michael Karolyni nur dann weitertragen, wenn er die kommunistische Gefahr mit allen Mitteln zu beschwören in der Lage ist und sich darin der Unterstützung, aber doch mindestens der Zustimmung der organisierten Arbeiterkraft sicher fühlen darf. Dem Besuch des Ministerpräsidenten in den Räumlichkeiten der sozialdemokratischen Parteileitung folgten im Laufe der Nacht wichtige Besprechungen im Palais des Ministerpräsidenten. Daß diese Besprechungen nicht allein wichtig, sondern auch von außerordentlich dringlicher Art waren, erhellt aus dem Umstand, daß Graf Karolyni, obwohl er fieberte und auf ärztlichen Rat sich nachmittags in das Bett hatte legen müssen, bis spät nach Mitternacht mit seinen Ministern und mit Martin Lovágh konferiert hat. In später Abendstunde wurde Lovágh an das Krankenlager Karolynis berufen. Seine Berufung erfolgte, nachdem der Ministerpräsident sich durch längere Zeit mit den sozialdemokratischen Mitgliedern seiner Regierung, den Ministern Garami und Kunfi und dem Staatssekretär Böhm, besprochen hatte. Wie wir vernehmen, hatte Graf Karolyni schon Ende der verfloßenen Woche an Martin Lovágh die Anfrage gerichtet, ob dieser bereit wäre, die Bildung eines rein bürgerlichen Kabinetts zu übernehmen. Der Umstand also, daß gestern nacht Lovágh nach den Besprechungen mit den sozialistischen Regierungsmitgliedern wieder zum Ministerpräsidenten berufen wurde, kann als voller Beweis dafür gelten, daß die Zustimmung der Arbeitervertreter zu einem neuen Kurs der festen Hand noch immer nicht erzielt war. Wie wir im Morgenblatt gemeldet haben, hat Martin Lovágh den von ihm schon anlässlich seines Austritts aus der Regierung geplanten Bürgerbund gestern ins Leben gerufen und auch dessen Programm sofort verkündet. Die Plattform, auf der ein bürgerliches Ministerium sich bilden könnte, wäre mithin vorhanden. Als zweifellos kann auch gelten, daß dem neuen Bunde die weitesten Kreise der bürgerlichen Gesellschaft beitreten werden; also auch der Zustimmung und Unterstützung des bürgerlichen Elements im ganzen Lande könnte ein derartiges Unternehmen sicher sein. Selbstverständlich wird Lovágh seine Bereitwilligkeit, an einer rein bürgerlichen Regierung teilzunehmen, an Bedingungen geknüpft haben. Ein bürgerliches Ministerium, in dessen Reihen die sozialdemokratische Partei nicht vertreten ist, kann unter den gegebenen Verhältnissen nur unter der Voraussetzung Ordnung schaffen, daß die organisierte Arbeiterkraft sein Streben nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und nach Sicherung der produktiven Arbeit wenigstens nicht durch ihre oppositionelle Haltung erschwert. Anlässlich der Gründung des neuen Bürgerbundes hat Lovágh dafür die Formel geprägt: „Auch der Bürger ist ja ein Arbeiter, wie auch der Arbeiter ein Bürger ist; beide können nur die gemeinsame Aufgabe haben, mit vereinter Kraft das Wiedererblühen des Vaterlandes herbeizuführen.“ Ob die Sozialdemokraten sich bereit finden

werden, die Kabinettsbildung Lovághs durch eine derartige Zusage zu ermöglichen, wissen wir nicht. Die nächsten Stunden werden wohl Klarheit darüber bringen. Aber auch der Name Michael Karolyni stellt heute einen enormen politischen Wert dar, auf dessen Ruhmarmachung für die bedrohten Interessen des ungarischen Volkes ein bürgerliches Regime nicht verzichten kann. Martin Lovágh dürfte denn auch in dieser Hinsicht das Verlangen nach zureichenden Bürgschaften genährt haben.

Eine Entscheidung ist gestern nacht auch in dieser Hinsicht nicht gefallen. Zwei Möglichkeiten stehen noch immer offen. Entweder versagen sich die Sozialdemokraten auch weiterhin einem Kurs der festen Hand gegenüber der kommunistischen Gefahr, dann müssen sie die ganze Verantwortung für die kommenden Dinge tragen und die Gesamtheit der öffentlichen Gewalten in ihren Besitz nehmen. Oder sie lehnen die Übernahme der Gesamtheit der öffentlichen Gewalten ab und verweigern auch weiterhin ihre Zustimmung zu dem neuen Kurs, der unerlässlich geworden ist, dann bleibt für sie nichts anderes übrig, als aus der Regierung zu scheiden. In diesem Falle muß ein rein bürgerliches Ministerium an die Stelle der bisherigen Regierung treten. Ob Michael Karolyni an der Spitze eines solchen Kabinetts zu verbleiben bereit sein wird, läßt sich zur Stunde noch nicht mit Gewißheit sagen. Erst am verfloßenen Samstag hat er im Klub seiner Partei erklärt: nur zusammen mit den drei koalitierten Parteien die Regierung weiterführen zu können. Möglich und wünschenswert wäre es jedoch immerhin, daß Michael Karolyni mit Rücksicht auf die äußerst kritische Lage des Landes sich zu dem Opfer entschließt, auch ohne die fernere Mitwirkung der Sozialdemokraten an den Regierungsgeschäften auf seinem Posten zu verbleiben, um das drohende Chaos nicht über das Land hereinbrechen zu lassen. In diesem Falle müßte auch der Austritt der radikalsten Minister Jási und Szende als wahrscheinlich angesehen werden, da die beiden schon zu weit nach links abgerückt sind, um in einem rein bürgerlichen Regime noch Platz finden zu können, und da die Fehler und Mißgriffe dieser beiden Regierungsmänner ohnehin in weitesten Kreisen eine Fülle von Unmut gegen sie ausgelöst haben. Sollte Karolyni dieses Opfer nicht bringen wollen, dann allerdings bliebe nicht anderes übrig, als den betäubenden Wirnissen, die eingetreten sind, und deren weiteres Einreizen nicht geduldet werden kann, durch Bildung eines Ministeriums Lovágh ein Ende zu bereiten.

Die äußerst gespannte innere Lage läßt einen weiteren Aufschub der Entscheidung nicht zu. Das Stochern, dem die öffentliche Ordnung im Lande verfallen ist, die betäubenden Auflösungszeichen, die auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete sich stündlich mehren, gebieten eine unverweilte Neuordnung der heillos zerfahrenen Regierungsverhältnisse. Zu einer schleichenden Regierungskrise darf es nicht kommen. Die nächsten Stunden müssen schon müssen dem Lande Gewißheit bringen über die Politik, die seine zukünftigen Schicksale zu lenken haben wird, und über die Männer, die die Verantwortung für diese Politik übernehmen.

Die Volksrepublik Ungarn. Die militärische Lage.

Das Kriegsministerium verlautbart über die Lage: Die Tschechen haben Galánta besetzt. In der Gegend von Rassa, Losonc und Pozsony ist die Lage unverändert.

Aus Siebenbürgen und der Gegend der Murensinsel ist nichts Neues zu berichten.

Bereitete kommunistische Demonstration in der Hauptstadt.

Die unter der Leitung Bela Kuns stehende Kommunistenpartei hielt gestern abend in einem Lokal der Arena eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, für heute früh eine kommunistische Demonstration in Szene zu setzen. Im Laufe der Nacht wurden noch in den äußeren Bezirken Affiche angeklebt, durch die die Anhänger be-

Posters Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Bloch, B. Eokstein, Györi & Nagy, Jaulus & Co., Goh. Leopold, Ant. Meral, Rudolf Mosse, Jul. Törrer, Ludwig Heyl, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Posters Lloyd für Österreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Österreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Posters Lloyd. Einzelnummern für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 30 Heller, Abendblatt 20 Heller. Morgenblatt auf den Bahnhöfen 30 Heller. Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.